

Ist out, wer baut?: Nachhaltigkeit verlangt den Umbau unserer Städte - Architektur und Ingenieurwesen bleiben stumm

Autor(en): **Baccini, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Tec21**

Band (Jahr): **127 (2001)**

Heft 13: **Berufsbilder**

PDF erstellt am: **26.09.2024**

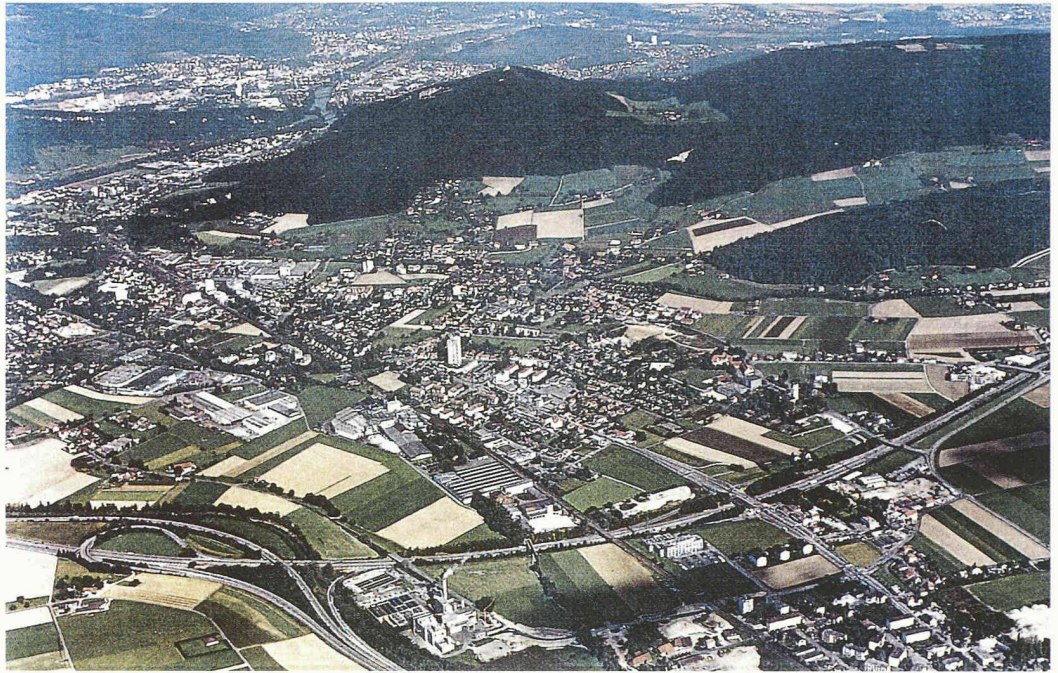
Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-80138>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



1

Luftaufnahme der Region Aargau - Oftringen - Zofingen, eine typische «urbane Siedlung» des Schweizer Mittellandes, wie sie zu Beginn des 21. Jahrhunderts in der «Stadt Schweiz» quantitativ dominiert

Peter Baccini

Ist out, wer baut?

Nachhaltigkeit verlangt den Umbau unserer Städte – Architektur und Ingenieurwesen bleiben stumm

Welche Visionen zur baulichen Entwicklung ihrer Region haben Architektinnen und Ingenieure? Diese Frage stellte der Vorstand der SIA-Sektion Zürich seinen rund 3000 Mitgliedern zu Beginn des Jahres 2000. Gerade vierzehn Eingaben waren die magere Ausbeute des Experiments – symptomatisch für den Zustand eines Berufsstands, der seine einst aktive Beteiligung an der Gestaltung der Gesellschaft aufgegeben zu haben scheint. Seit mehr als zwanzig Jahren sind die Menschen am und im Bau – nicht nur ökonomisch bedingt – in der gesellschaftspolitischen Defensive.¹

Der von der SIA-Sektion Zürich geplante Event in der Bahnhofhalle Zürich, eine Grossdemonstration der Gestaltungsfähigen und -willigen eines traditionsreichen Berufsverbands, fiel geräuschlos in die Limmat. Der zur gleichen Zeit tagende neue Beirat kam unabhängig davon zum Schluss, die SIA-Berufe hätten ein Imageproblem, dessen Lösung Not tue.² Mehr Öffentlichkeitsarbeit zum Bauen sei Programm. Der SIA habe die guten Inhalte, es fehlten ihm nur die geeigneten Verpackungen, in denen er sie professionell kommuniziere. Einige Zweifler in der Runde aber wiederholten penetrant folgende drei Fragen: Ist Bauen möglicherweise nicht mehr attraktiv, weil wir keine spannenden Fragen zu stellen wissen, keine Sehnsucht nach Neuem und Besserem wecken können? Hat sich die Gesellschaft der Bauenden zweiklassig etabliert, mit vielen normierenden und honorarsichernden Arbeitern im marktwirtschaftlichen Alltagsgeschäft, das Gesichts- und Geschichtsloses produziert, und wenigen Künstlern, die in einigen Objekten Bauen als das grosse

Gestalten zelebrieren? Ist Bauen demzufolge nur noch wahrnehmbar durch die Auftritte weniger Stars, deren einzigartige Ikonen höchster ästhetischer Qualität darüber hinwegtäuschen, dass das ganze Umfeld immer hässlicher wird?

Bloss ein Imageproblem?

«Der Baumarkt befindet sich wieder im Aufwind.» Dieser Satz aus der jüngsten Analyse von Wüest & Partner zur Schweizer Bauentwicklung begleitet eine Prognose für die nächsten fünf Jahre, die im Wesentlichen auf der Erfahrung gründet, dass Bauzyklen wenig zeitverschoben (einige Jahre) durch gesamtwirtschaftliche Konjunkturzyklen generiert werden.³ Der Anteil der gesamten Bauwirtschaft am Bruttoinlandprodukt entwickelter Länder beträgt rund 10%. Dies lässt die Behauptung zu, dass alles Bauen die Folge anderer grösserer Gestaltungskräfte unserer Gesellschaft ist. Was in der Beurteilung meist zu wenig beachtet wird, ist die Bedeutung des ganzen Bauwerks. Was schon gebaut ist, hat eine imposante Grösse im ökonomisch bemessenen Wiederbeschaffungswert, nämlich rund 350 000 Franken pro Kopf für das Bauwerk Schweiz am Ende des 20. Jahrhunderts (Hoch- und Tiefbau, im Verhältnis von rund 3:1).⁴ Berücksichtigt man in entwickelten Ländern den demographischen Trend des relativ geringen Bevölkerungswachstums und des noch wachsenden Bauwerkbedarfs pro Kopf, so steigt folgerichtig mit jeder Generation der Pro-Kopf-Aufwand für Erhaltung und Betrieb des Gebauten. Dieses Bauwerk stellt ein Materiallager dar, 300 Tonnen pro Kopf, bestehend aus Gesteinen, Metallen, Hölzern, Kunststoffen, das bereits «Bergwerksqualitäten und -quantitäten» für künftige Generationen hat⁵, und es bestimmt auch immer mehr das gesamte kulturlandschaftliche Bild dicht besiedelter Regionen und damit deren ästhetische Qualität. Eine grosse Zahl von Kritikern stellt den urbanen Kulturlandschaften ein schlechtes Zeugnis aus. Auch im Schweizer Mittelland wurde früh vor dieser Entwicklung gewarnt: «Und also wuchern unsere Städte, wie s'halt kommt, geschwürartig, dabei sehr hygienisch.»⁶

In der «Bergwerksfunktion» hat das Bauwerk aus ökonomischen Gründen wenig Gewicht, birgt aber hohes ökologisches Potenzial. Heutige Primärressourcenpreise widerspiegeln die mittel- bis langfristig (mehrere Jahrzehnte bis ein Jahrhundert) erkennbaren Knappheiten noch nicht. Im Kontext der erwähnten volkswirtschaftlichen und ästhetischen Aspekte erscheint es nachvollziehbar, dass innert einer bis zwei Generationen die über Jahrhunderte bewunderten Gestalter, gefeierten Meister der Konstruktion, geadelten Künstler der Grössten und Mächtigsten, vermehrt in einen Spiegel schauen mussten, der sie als Verunstalter, als Verursacher von Altlasten und Knechte der Investoren reflektierte (vgl. dazu auch den Artikel von Angelus Eisinger in diesem Heft).

In einem dynamischen demokratischen Umfeld haben sich Wertordnungen und Entscheidungsprozesse stark verändert. Seit mehr als zwanzig Jahren sind die Menschen am und im Bau in gesellschaftspolitischer Defen-

sive und in einer reaktiven Rolle, nicht nur ökonomisch bedingt. Die Konsequenzen sind augenfällig. Dazu einige Beispiele aus jüngeren wissenschaftspolitischen Entscheiden der Schweiz. (Dabei steht der ETH-Bereich im Vordergrund, weil hier die Mehrzahl der Forschungsinstitutionen im Baubereich beheimatet ist): Zu Beginn der 1990er-Jahre hat der ETH-Rat in seiner Portfolioanalyse den Schluss gezogen, dass der Baubereich zu jenen Gebieten gehört, deren Mittel reduziert werden sollen. Mit anderen Worten: Bauen als Wissenschaftsbereich ist nicht mehr förderungswürdig. Der gleiche Rat hat im vergangenen Oktober rund 120 Mio. Franken auf dreizehn Innovations- und Kooperationsprojekte des ETH-Bereichs verteilt, unter denen sich kein einziges aus dem Baubereich befindet. Die ETHZ hat letztes Jahr ihre strategischen Erfolgsprioritäten vorgestellt. Auch hier ist Bauen kein Thema. In den jüngst gewählten nationalen Forschungsschwerpunkten (Laufzeit: 2001–03, Budget rund 100 Mio. Franken) des Schweizerischen Nationalfonds fehlen Bau Themen. Dazu ein erwähnenswertes Detail: Die Schulleitung der ETHZ hat einen Projektvorschlag aus dem Baubereich gestoppt, bevor er überhaupt in den nationalen Wettbewerb treten konnte.

Wie agiert der potentielle Nachwuchs? Zahlen der Studienanfänger im Bereich der Architektur und des Bauingenieurwesens an der ETHZ sollen als Indikatoren gelten.⁷ In der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre kam es zu einer deutlichen Abnahme um rund 30%.⁸ Es ist dabei zu erwähnen, dass die Technischen Wissenschaften als Ganzes ihren Anteil von rund 10% an der Gesamtstudierendenzahl an den Schweizer Hochschulen (11% Zuwachs zwischen 1990 und 2000) halten konnten. Somit ist der Rückgang nicht eine generelle Abkehr von der Technik, sondern vom spezifischen Bereich Bau. Gründliche Studien über die Motivationen der Studierenden fehlen. Es darf aber vermutet werden, dass es nicht nur um ökonomische Argumente geht. Es gibt andere Bereiche wie die Chemie, die seit den 1970er-Jahren einen starken Rückgang zeigt, in unseren Ländern aber noch stets zu den Flaggschiffen der Forschungsflotte gehört, sodass hier eine Rückstufung überhaupt nicht zur Debatte steht. Die Chemie ist ein typischer Wissenschafts- und Technikbereich, der eigentlich «nur ein Imageproblem» hat.

Fazit: Der Baubereich hat nicht einfach ein Image-, sondern ein tiefgreifendes politisches Problem. In der Polis sind die Stimmen von Architekten und Ingenieuren schwächer geworden. Themen wie Umwelt (1970er- und 1980er-Jahre), Energie und Sicherheit (1980er- und 1990er-Jahre), Bio- und Informationstechnologie inkl. Medizin (1990er-Jahre und neue Dekade) beherrschen die grossen politischen Debatten. Naturwissenschaftler und Ingenieure aus den Life Sciences und den Informationswissenschaften besetzen die Mikrofone und verkünden die schöne neue Welt. Welche Botschaften, die in der Polis gehört werden sollten, haben Menschen aus dem Baubereich? Sie ergäben sich aus den Herausforderungen, die die Urbanisierung stellt.



2

Entwürfe morphologischer Transformationen in Netzstadtgebilden. In der Region Aarburg - Oftringen - Zofingen werden Gebäude und Aktivitäten entlang der Siedlungsgrenze konzentriert. Es entstehen eine «Rahmenstadt» und ein innenliegender Freiraum (nach Dietmar Leyk, vgl. Anm. 11)

Die Urbanisierung des 20. und ihre Folgen in diesem Jahrhundert

Die Darstellung helvetischer Entwicklungen ist immer mit dem Vorwurf konfrontiert, nicht mehr zu sein als ein kurioser Zwischenruf im grossen Welttheater.⁹ Was aber die jüngste urbane Entwicklung der Eidgenossenschaft betrifft, so ist sie in ihren Hauptzügen nicht von jener anderer entwickelter Länder unterscheidbar. Rund 1,5 Mia. Menschen (20% der Weltbevölkerung zu Beginn des 21. Jahrhunderts) leben hauptsächlich das neue urbane Leben, sei es in Nordamerika, Europa oder wohlhabenden Teilen Asiens. Der quantitativ dominante Teil ihrer Siedlungen wird entweder mit Bezeichnungen wie Agglomerationsbrei ästhetisch und soziologisch disqualifiziert oder Begriffen wie Zwischenstadt¹⁰ und Netzstadt¹¹ wissenschaftlich erkundet. Ihr Betrieb verlangt einen jährlichen Energie- und Materiefluss, der rund 80% des globalen Umsatzes ausmacht.

Das Erbe des 20. Jahrhunderts ist eine urbane Kulturlandschaft, deren Kernstädte wie vor über hundert Jahren nur rund 20% der Gesamtbevölkerung aufnehmen. Inzwischen ist die agrarisch tätige Landbevölkerung auf einige Prozente der Gesamtpopulation geschrumpft. In drei bis vier Generationen hat sich die Landbevölkerung in eine urbane Bevölkerung transformiert, nicht in Fortsetzung der europäischen Stadt des 19. Jahrhunderts, sondern in ein vielfältiges Muster von Knoten und Verbindungen, eine Netzstadt. Sie bezeichnet den neuen morphologischen und physiologischen Charakter von Urbanität. Die «Stadt Schweiz» existiert auf einer Fläche von etwa 10 000 km², eingegrenzt von Léman, Jura, Bodensee und Voralpen. Darin leben rund fünf Mio. Menschen. Es ist ein dichtes Netz von Verkehrswegen für Personen, Güter und Informationen, auf dem alle Bewohner innert weniger als einer Reisetunde zu sämtlichen Angeboten einer Metropole im herkömmlichen Sinne gelangen können. Dieses Netzwerk bedeckt nur etwa einen Siebtel des gesamten Mittellands. Es umschliesst landwirtschaftliche Flächen, Wälder und Gewässer, die aus der Vogelschau noch immer den dominanten Teil dieser Kulturlandschaft ausmachen (über 80% der Gesamtfläche).

Die einstigen Kernstädte haben ihre politische und ökonomische Vormachtstellung verloren. Sie verlieren die Schönen und Reichen, die neuen Familien mit Kindern, und gewinnen als sogenannte A-Städte die Armen, Alten, Auszubildenden, Ausländer und Asylbewerber.¹² Sie haben zwar noch stets attraktive Nischen für neue Unternehmungen und viele Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich, kämpfen aber mit ihrem wohlhabenden «Hinterland» um Lastenausgleich. Der vom touristischen Marketing geprägte Begriff Downtown Switzerland für die Stadt Zürich ist sehr treffend. Entscheidend ist die Tatsache, dass sich der Lebensstil der Bevölkerung stark verändert hat. Urbanes Leben ist nicht mehr durch das «städtische Bauwerk» definiert, sondern durch die Verfügbarkeit «urbaner Angebote». Heutiges urbanes Leben ist ortlos, die Unterscheidung zwischen Stadt und Land obsolet geworden (Bild 1).¹³

Die noch junge Debatte unter dem Titel einer nachhaltigen Entwicklung führte zu ersten Massnahmepaketen unter dem Titel «Local Agenda 21».¹⁴ Die Akteure arbeiten mit folgenden Argumenten: Es gibt gute Gründe anzunehmen, dass das Lebensmuster der sogenannten «entwickelten Gesellschaften» in globalem Ausmass wegen absehbarer Ressourcenschranken nicht überlebensfähig ist. Diese Annahme stützt sich primär auf naturwissenschaftlich-technische Befunde. Die Alternative, nämlich die Welt in wenige Reiche und viele Arme aufzuteilen, ist ethisch nicht haltbar. Für eine Kurskorrektur bedarf es «anthropologischer Entwürfe», die die gestalterische Rolle des Menschen umschreiben und Lösungsansätze für die kulturspezifischen, regionalen Zielkonflikte aufzeigen. Einer dieser Entwürfe geht von den bestehenden urbanen Kulturlandschaften aus, wie man sie vor allem in Westeuropa und Nordamerika findet. Es kann heute naturwissenschaftlich-ökologisch begründet werden, dass diese anthropogenen Systeme keinen nachhaltigen Ressourcenhaushalt

betreiben. Wie müsste ein nachhaltiges urbanes System aussehen, und wie gelangt man vom heutigen Zustand dorthin? Erste naturwissenschaftlich-technische Modelle zur Beantwortung dieser Fragen unterstützen folgende zwei Hypothesen: Eine Fokussierung auf die Steigerung der «Öko-Effizienz» von einzelnen Aktivitäten und Branchen führt nicht notwendigerweise zu einem nachhaltigen Ressourcenhaushalt, weil die durch Effizienzsteigerung nicht genutzten Ressourcen für die Alimentierung des Wachstums an anderen Orten eingesetzt werden. Ein schrittweiser Umbau der bestehenden urbanen Kulturlandschaften ist notwendig (Bild 2).

Erste verbindliche Vorgaben zur nachhaltigen Entwicklung ganzer Gesellschaften finden sich in Verfassungen. Zum Beispiel wurde in der revidierten Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft von 1999 (in Kraft seit dem 1. 1. 2000) folgender neuer Artikel verankert: «Bund und Kantone streben ein auf Dauer ausgewogenes Verhältnis zwischen Natur und ihrer Erneuerungsfähigkeit einerseits und ihrer Beanspruchung durch den Menschen andererseits an.» (Art. 73 Nachhaltigkeit). Verfassungsartikel enthalten weder eindeutige Definitionen für die verwendeten Begriffe noch liefern sie Rezepte, wie das anvisierte Gericht gekocht werden soll. Es geht aber offensichtlich darum, die Bedürfnisse der Eidgenossen den regionalen und globalen «natürlichen Ressourcengrenzen» anzupassen. Diese Anpassung hat sich an der «Erneuerungsfähigkeit der Erde» zu orientieren. Eine konkretere Beschreibung einer solchen Anpassung hat Daly¹⁵ formuliert: Die Nutzungsrate sich erneuernder Ressourcen darf deren Regenerationsrate nicht überschreiten; die Nutzungsrate sich erschöpfender Rohstoffe darf die Rate des Aufbaus sich regenerierender Rohstoffquellen nicht übersteigen; die Rate der Schadstoffemissionen darf die Kapazität zur Schadstoffabsorption der Umwelt nicht übersteigen.

Folgt man der bisher vorgestellten Argumentationskette, so verlässt man den Weg, den die meisten Präambeln aktueller Schriften zur Nachhaltigkeit vorzeichnen. Diese verlangen nämlich eine Balance zwischen ökonomischen, soziokulturellen und ökologischen Veränderungen. Diese Forderung stösst kaum auf Widerspruch und ist deshalb in der politischen Praxis meist ein Freipass, um nichts tun zu müssen. Mindestens eine Ecke dieses Triangels hat immer das falsche Gewicht. Wer jedoch die Endlichkeit der physischen Ressourcen im globalen Massstab akzeptiert, der wird in der Nachhaltigkeitsdebatte die ökologische Herausforderung ins Zentrum setzen. Wählt man diese Aussagen als Arbeitshypothesen, so wird der Weg zu einem nachhaltigen Ressourcenhaushalt ein grosses gesellschaftliches Experiment, das mindestens über zwei Generationen dauert und dessen Ausgang heute nicht absehbar ist. Dieses Experiment kann nicht global koordiniert ablaufen. Es braucht einige Pionierregionen, die aus Eigennutz beginnen, weil für sie die Fortsetzung des Business-as-Usual-Wegs die schlechtere Variante darstellt. Die Welt wird eine Stadt, ihre Mauern sind die physischen Ressourcenschranken.

STÄRKEN UND SCHWÄCHEN DER REGION

STÄRKEN

- Zentrale Lage
- Landschaft
- Infrastruktur, Wirtschaft
- Kleinräumigkeit

SCHWÄCHEN

- Politische Strukturen
- Verkehrsbelastung
- Mangelnde regionale Identität
- Wirtschaftsstruktur

ZIELQUALITÄTEN FÜR 2050

POSITIVE (WAS WOLLEN WIR?)

1. Reorganisation der politischen Strukturen
2. Ganzheitliche parkähnliche Gestaltung des Lebensraumes
- 3.– 5. Hoher Autarkiegrad, Reduktion Verkehrsbelastung, Zukunftsträchtige Wirtschaftsbranchen

NEGATIVE (WAS WOLLEN WIR NICHT?)

1. Zersiedelung und weitere Versiegelung der Landschaft
2. Status quo der politischen Strukturen
- 3.– 4. Wohnghetto und soziale Ausgrenzung
5. Einseitige Verkehrsentwicklung

3

Ergebnisse aus dem partizipativen Verfahren (Synoikos-Methode) zum langfristig orientierten Umbauprozess in regionaler Skala, Projekt «Stadt an der Wigger» (aus: vgl. Anm. 18)

Die Sehnsucht nach der guten Stadt

Es darf postuliert werden, dass keine wissenschaftliche Disziplin den Anspruch erheben kann, mit ihren Modellen das hochkomplexe Gebilde Stadt in seinen Wesenszügen genügend abzubilden. Es existiert keine taugliche Stadttheorie, mit Hilfe derer man dieses Konstrukt wissenschaftlich erfassen könnte, um ihre Entwicklung mit allgemein gültigen Gesetzmässigkeiten beschreiben zu können. Städte «erzählen uns Geschichten komplexer Strukturen», deren Entstehung wir im Nachhinein historisch erklären können. Aber ihre weitere Entwicklung ist im Vorhinein nicht prognostizierbar. Es geht um das «Wesen von Geschichten». ¹⁶ Prozesse komplexer Strukturen, also Geschichten, sind singulär, irreversibel und, falls gerichtet, nicht zielgerichtet.

Die naturwissenschaftliche Ökologie brachte neuen Wind in die Segel der biologischen Metapher für Städte, als man, ausgehend von der Evolutionsbiologie, die Eigenschaften ganzer Ökosysteme untersuchte. ¹⁷ Auch vom Menschen geschaffene Institutionen mit ihren Bauwerken sind Systeme, zivilisatorische Systeme. Der Umgang mit ihnen erfordert folgerichtig einen systemorientierten Ansatz. Städte sind keine Organismen, die aufgrund eines «genetischen» Programms einen bestimmten Lebenszyklus durchlaufen, sondern anthropogene Systeme, die sich einerseits von innen her innovativ zeigen und sich andererseits veränderten Umweltbedingungen anpassen und damit unterschiedliche Entwicklungen einschlagen können. Deren Richtung, Geschwindigkeit und Ausgang sind offen. Die Metapher «Städte als offene Systeme» ist in diesem Kontext zu sehen.

Wer sagt nun, was eine «gute Stadt» ist, und wer soll wie darüber entscheiden, wie sie erreicht werden kann? Antworten auf diese Fragen basieren auf den politi-

schen Grundwerten der Befragten und den Institutionen, die von der Gesellschaft für solche Entscheidungen getragen werden. Somit ist auch gesagt, dass die Art der Frage nach der sogenannten guten Stadt kulturspezifisch geprägt ist.

Ende 1998 wurde ein Beteiligungsverfahren zur nachhaltigen Stadtentwicklung im unteren Wiggertal (Region Aarburg – Oftringen – Stengelbach – Zofingen) durchgeführt. Das Projekt entstand im Anschluss an die Forschungsinitiative Synoikos¹⁸, die am Beispiel dieser Region auf den Zusammenhang zwischen Siedlungsform und Ressourcenhaushalt fokussierte. Das Resultat war sowohl für die Beteiligten als auch für die Veranstalter in zweierlei Hinsicht überraschend deutlich (Bild 3): Erstens ist die Übereinstimmung bei der Analyse von Stärken und Schwächen der heutigen urbanen Kulturlandschaft ausserordentlich hoch. Eine Verbesserung gelingt in erster Linie durch Veränderung der politischen Strukturen. Die aus dem 19. Jahrhundert stammenden Aufgaben- und Kompetenzverteilungen zwischen Gemeinde, Kanton und Bund werden den aktuellen und künftigen Problemen der Siedlungsentwicklung nicht gerecht. Zweitens ist die Erkenntnis vorhanden, dass die «bessere Stadt» in einem Trial-and-Error-Verfahren entwickelt werden muss, und zwar von der Region selbst. Dazu braucht sie eine zu schaffende neue Identität, denn es ist kaum mehr möglich, Identifikation mit dem Heutigen zu erreichen. Man orientiert sich an Stadtqualitäten wie etwa Diversität und Flexibilität, man vermeidet fertige Bilder als zwingende Zielvorgaben, die Ressourcenprobleme werden wahrgenommen. Treibende Kraft für eine Veränderung ist die Sehnsucht nach der guten Stadt, die man selbst gestalten kann und muss. Diese Kraft wird gebremst durch die Furcht, Vertrautes verlassen zu müssen.

Die Rolle der Bauwissenschaften und -verbände

Welche Rolle sollen die Wissenschaften in diesem Prozess spielen? Am Beispiel der Nachhaltigkeitsdebatte über die urbane Entwicklung kann man gut erkennen, dass das Monopol der Wissenschaften, in der Tradition der Aufklärung «Wirklichkeit» zu definieren und deren Veränderungen zu entwerfen, gebrochen wird.¹⁹ Die einst scharf gezogene Grenze zwischen Kultur und Natur löst sich auf. WissenschaftlerInnen sind gefordert, ihre bisher erfolgreiche «Wissensproduktion» nicht nur nach den Qualitätsstandards der eigenen Elite, sondern auch nach dem «Mass der Gesellschaft» in einem politischen Diskurs zu richten. Hier ist der Platz, die Agora, wo Architektur und Bauingenieurwissenschaften sich mit anderen Disziplinen neu sammeln müssen. Künftiges Bauen muss sich prioritär an diesem lebenswichtigen Thema orientieren. Das seit Oktober 1999 geschaffene Departement Bau, Umwelt und Geomatik der ETHZ hat sich in seinen Forschungsschwerpunkten 2000 mit dieser Botschaft auf den Weg in die neue Polis begeben. Das Projekt «Nachhaltige Urbanisierung» verlangt zuerst ihre politische Thematisierung, eine zentrale Aufgabe der Bauverbände. Bis Bauen wieder «in» ist, braucht es allerdings noch viele Weggefährtinnen und Weggefährten, nicht nur in der Academia, sondern vor allem in der Polis.

Peter Baccini, Professor für Stoffhaushalt und Entsorgungstechnik an der ETH Zürich, Departement Bau, Umwelt und Geomatik. Mitglied des Vorstands der SIA-Sektion Zürich für die Wahlperiode 1999–2001. peter.baccini@eawag.ch

Literatur

- 1 Der Vorstand war beeindruckt von der Qualität der Skizzen. Ein Bericht erscheint demnächst in tec21.
- 2 Der im Jahr 2000 geschaffene neue Beirat des SIA-Vorstands ZH stellte dabei auf die provokativen Thesen seines Mitglieds Benedikt Loderer ab.
- 3 Wüest & Partner, Immo-Monitoring 2000. Band 3 Bau- markt. Zürich 2000.
- 4 Wüest & Partner, siehe Anm. 3.
- 5 Baccini, Peter, Bader, H.P.: Regionaler Stoffhaushalt. Heidelberg 1996.
- 6 Burckhardt, Lucius; Frisch, Max; Kutter, Markus: «achtung: die Schweiz». Basel 1955.
- 7 Die künftigen Mittelzuteilungen der Hochschulen werden auch auf den Studierendenzahlen basieren.
- 8 Auch an der EPFL gingen die Eintrittszahlen im Baubereich zwischen 1995–98 stark zurück, sind aber 1999 und 2000 wieder auf dem Niveau von 1995.
- 9 Dieser Abschnitt basiert auf dem gleich betitelten Beitrag des Autors im Sternwartenbuch 3 des Collegium Helveticum. Zürich 2000.
- 10 Sieverts, Thomas: Zwischenstadt. Braunschweig 1997.
- 11 Baccini, Peter; Oswald, Franz (Hrsg.): Netzstadt: Transdisziplinäre Methoden zum Umbau urbaner Systeme. Zürich 1998.
- 12 Schweiz. Nationalfonds (Hrsg.): Bericht des NFP «Stadt und Verkehr». Bern 1989 ff.
- 13 Siebel, W.: Stadt und Nachhaltigkeit. Ein Diskurs. Wien 1999.
- 14 Agenda 21 on sustainable construction. CIB Report Publication 237. Rotterdam 1999.
- 15 Daly, H.: Institutions for a Steady-State Economy. Washington DC 1991.
- 16 Lübke, Heinrich: Die Aufdringlichkeit der Geschichte. Graz 1989.
- 17 Etwa: Odum, E.P.: Prinzipien der Ökologie. Heidelberg 1991.
- 18 Friedrich, S.; Dürrenberger, G.; Baccini, Peter; Oswald, Franz: Stadt an der Wigger: Neue Kooperation im regionalen Kontext, Ergebnisse eines Beteiligungsverfahrens im Schweizer Mittelland. DISP 139, 4/1999. Zürich 1999.
- 19 Vgl. dazu: Nowotny, Helga: Es ist so. Es könnte auch anders sein. Über das veränderte Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft. Frankfurt a.M. 1999.